

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
A. Einleitung	1
B. Vertraglicher Schadensersatz wegen eines unberechtigten Nacherfüllungsverlangens.....	5
I. Pflichtverletzung durch ein unberechtigtes Nacherfüllungsverlangen	6
1. Bestandsaufnahme: Begriffsbestimmungen und Einordnung der Problematik	7
a) Grundkonzeptionen	7
b) Abstrakte Schwierigkeiten der Konzeptionen.....	9
c) Gegenwärtiger Meinungsstand	9
d) Parallele zum französischen Recht	11
e) Konsequenz für das unberechtigte Mängelbeseitigungsverlangen	11
2. Alternative: Erfolgsbezogen verstandene Rücksichtnahmepflichten	12
a) Wortlaut des § 241 Abs. 2 BGB	14
b) Historie des § 241 Abs. 2 BGB	15
c) Beweislastrechtliche Überlegungen	16
aa) Ausgangspunkt: Anwendbarkeit der Beweislastumkehr ..	17
bb) Teleologie von Beweislastverteilungen	17
(1) Regel-Ausnahme-Verhältnis und abstrakte Wahrscheinlichkeiten	18
(2) Beweislastverteilung nach Sphären	21
(3) Zwischenergebnis	22
d) Vergleich mit der deliktischen Lehre vom Erfolgsunrecht	23
aa) Erfolgsunrecht im Deliktsrecht	23
bb) Übertragung auf die vertragliche Haftung.....	24
e) Entscheidendes Argument für ein verhaltensbezogenes Verständnis: Erfolgsbezogene Rücksichtnahmepflichten im Verhältnis zu verhaltensbezogenen Leistungspflichten	25
f) Ergebnis	27

3. BGH: Pauschale Einordnung als Pflichtverletzung?	27
a) Entscheidung des 5. Senats aus dem Jahr 2009.....	27
b) Entscheidung des 9. Senats aus dem Jahr 2014.....	30
c) Zusammenfassung zu den Positionen in der Rechtsprechung .	31
4. Einordnung in der Literatur.....	31
5. Zusammenfassung	32
II. Die verkehrserforderliche Sorgfalt beim unberechtigten Nacherfüllungsverlangen	32
1. Aussagen des BGH im Lichtrufanlagenfall	32
a) Klarstellung: Prüfpflicht als Hilfsfrage bei der verkehrserforderlichen Sorgfalt.....	33
b) Sorgfaltmaßstab	34
aa) Ausgangspunkt	34
bb) „Im Rahmen seiner Möglichkeiten“	35
cc) „Keine Fachkenntnis“	37
dd) Zwischenergebnis	38
c) Gegenstand der Prüfpflicht	39
aa) Ziel der Prüfpflicht	40
bb) Zu untersuchender Bereich.....	40
cc) Zwischenergebnis	42
d) Zusammenfassung der Position im Lichtrufanlagenfall	42
2. Aussagen in späteren Entscheidungen.....	43
a) Abkehr von einer Prüfpflicht?	44
b) Modifikation des Sorgfaltmaßstabs?	45
c) Zwischenergebnis	46
3. Aussagen in der Literatur	46
4. Zentrale Frage: In welcher Gestalt ist eine Entlastung des Käufers angezeigt?.....	46
a) Kollision mit Obliegenheiten	47
aa) Obliegenheit des Käufers zur Gestattung der Nacherfüllung	47
bb) Obliegenheit des Käufers zu einem „unverzüglichen“ Nacherfüllungsverlangen.....	49
b) Wertungen des § 442 BGB	50
c) Prüfpflichten als Suche nach den Mangelursachen.....	52
d) Parallelen zur Symptomrechtsprechung	54
e) Einseitige Verteilung des Unsicherheitsrisikos zu Lasten des Käufers	56
aa) Unsicherheitsrisiko.....	56
bb) Zusammenspiel mit dem Recht zur zweiten Andienung ..	58
f) Abschreckungspotential und „Käuferfalle“	59
5. Zusammenfassung und Plädoyer für einfache Fahrlässigkeit.....	62

III. Folgefragen	65
1. Reichweite der Prüfpflicht	66
a) Konkrete Schlüsse aus kollidierenden Interessen.....	67
b) Kostenbelastung	67
aa) Learned-Hand-Formel und Kosten-Nutzen-Analyse.....	68
(1) Aussagen der Learned-Hand-Formel.....	69
(2) Übertragung auf die Überprüfung von Alternativursachen	69
(3) Diskussion.....	70
(4) Ergebnis	72
bb) Abschreckungswirkung	72
(1) Ersatzfähigkeit von Kosten zur Überprüfung von Alternativursachen	73
(a) § 439 Abs. 2 BGB	74
(b) § 437 Nr. 3 i.V.m. § 280 Abs. 1 BGB.....	77
(c) Geschäftsführung ohne Auftrag	79
(d) Bereicherungsrecht	79
(e) Fazit	79
(2) Definition von Abschreckung	80
(3) Keine Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit des Käufers.....	80
(4) Abschreckung in Abhängigkeit von der Wahrscheinlichkeit der Alternativursache	82
(5) Abschreckung in Abhängigkeit vom Kaufpreis.....	84
(6) Abschließende Bemerkungen zur „Berechnung“ der Abschreckungsgrenze	88
cc) Zusammenfassung zur Kostenbelastung.....	89
2. Verbleibende Unsicherheiten	89
a) Informationspflicht des Käufers über verbliebene Unsicherheiten.....	90
aa) Inhaltliche Begrenzung	93
bb) Interessenabwägung	93
cc) Zusammenfassung	95
b) Schadensersatz bei Verletzung einer Informationspflicht.....	96
c) Zusammenfassung	96
3. Unsicherheiten in rechtlicher Hinsicht	96
a) Allgemeine Einordnung von Rechtsirrtümern	97
b) Einschränkung: Erkennbarkeit rechtlicher Unsicherheiten....	101
c) Bedeutung für kaufrechtliche Sachverhalte	103
aa) Rechtsirrtümer bei der Mangelhaftigkeit	104
bb) Konsequenz für ein Nacherfüllungsverlangen	105
cc) Keine durchgreifenden Gründe für eine abweichende Handhabung	106

d) Zusammenfassung	110
4. Doppelirrtum	110
IV. Schaden.....	111
1. Untersuchungskosten des Verkäufers	112
2. Grundsätzlich kein Ersatz für die Störungsbeseitigung	114
a) Aussage der Lichtrufanlagenentscheidung	115
b) Beseitigungskosten und Abgrenzung zu Untersuchungskosten	115
aa) Keine Ersatzfähigkeit von Beseitigungskosten	116
bb) Abgrenzung zwischen Beseitigung und Untersuchung	118
3. Sonstige Schäden	119
4. Zusammenfassung	121
V. Darlegungs- und Beweislast	121
1. Grundbegriffe und Grundregel der Beweislastverteilung	122
2. Beweislastverteilung bei verhaltensbezogenen Pflichten.....	124
a) Grundlegende Ansätze in der Literatur	124
aa) Position 1	125
bb) Position 2	125
cc) Position 3	125
dd) Position 4	126
ee) Zwischenergebnis und Konsequenz für das unberechtigte Nacherfüllungsverlangen	126
b) Beweislastverteilung nach Gefahrenbereichen	128
aa) Allgemeine Aussage	128
bb) Anwendung auf und Klarstellungen für den Fall eines unberechtigten Nacherfüllungsverlangens	130
(1) Nacherfüllungsverlangen	130
(2) Mangelfreiheit	130
(3) Erkennbarkeit von Alternativursachen	130
(4) Zusammenfassung	131
c) Sekundäre Darlegungslasten	131
d) Alternativlösung: Auskunftsanspruch	133
aa) Voraussetzungen	135
(1) Ausgangspunkt	135
(2) Kritik an der Reichweite	137
(3) Zwischenergebnis	142
bb) Anwendung bei einem vermuteten Sorgfaltswiderruß	143
(1) Situation vor Beweis der Mangelfreiheit	143
(2) Situation nach Beweis der Mangelfreiheit	143
(3) Zwischenergebnis	144
e) Anscheinsbeweis	144
f) Stellungnahme	145
aa) Dogmatische Grundlagen	145

bb) Wirkungen	146
(1) Rechtsunsicherheit	146
(2) Effektivität und unterschiedliche Wirkungsweisen	149
(3) Zumutbarkeit für den Käufer.....	151
(4) Zwischenergebnis und Konsequenzen	155
(5) Bewertung	156
3. Schuldverhältnis und Schaden.....	158
4. Zusammenfassung	159
C. Verbrauchsgüterkäufe.....	161
I. Pflichtverletzung und Vertretenmüssen bei Verbraucherkonstellationen	161
II. Vermutung des § 477 BGB.....	162
1. Kein Gleichlauf zwischen Beweislast und Haftung für ein unberechtigtes Nacherfüllungsverlangen	163
2. § 477 BGB als Wertentscheidung gegen Prüfpflichten	164
a) § 477 BGB im europarechtlichen Kontext	164
b) Rückschluss aus der EuGH-Rechtsprechung – Faber.....	165
aa) Aussagen des EuGH	166
bb) Bedeutung jenseits einer Mängelvermutung	167
cc) Ergebnis	169
III. Unentgeltlichkeit und keine erheblichen Unannehmlichkeiten	169
IV. Effet utile des Verbraucherschutzes	170
V. Modifikationen bei der Schadenszurechnung?.....	173
1. Keine allgemeine Modifikation des nationalen Schadensrechts ...	174
2. Keine Modifikation im Fall des Transportkostenvorschusses.....	176
3. Zusammenfassung	177
VI. Zusammenfassung zur Verbraucherkonstellation.....	177
D. Handelskäufe	179
I. Die Mängelanzeige in Abgrenzung zu einem Nacherfüllungsverlangen	180
II. Haftung für eine unbegründete Mängelanzeige.....	180
1. Schädigungspotential als Anknüpfungspunkt für eine Rücksichtnahmepflicht	182
2. Keine grundlegend andere „Herausforderung“ des Verkäufers....	182
3. Keine andere Beurteilung aufgrund bloßer Obliegenheiten.....	184
4. Konsequenz: Haftung wie beim unberechtigten Nacherfüllungsverlangen	185
a) Alternativursachen „anlässlich“ einer Untersuchungsobliegenheit	186
b) Begrenzung von Prüfpflichten durch die Rügeobliegenheit	187

5. Zusammenfassung	189
III. Haftung für ein unbegründetes Nacherfüllungsverlangen beim Handelskauf	189
1. Nacherfüllungsverlangen trotz Mangelfreiheit	190
a) Auswirkungen des § 377 HGB	190
b) Erweiterte Kooperationspflichten?	192
2. Nacherfüllungsverlangen trotz Präklusion	194
IV. Zusammenfassung der Situation bei Handelskäufen	196
E. Gerichtliche Rechtsverfolgung als Referenz	199
I. „Rechtfertigung“ prozessualer Geltendmachung	200
II. Kritik an dem Haftungsprivileg	201
1. Keine zwangsläufige Verkümmерung des Rechtsschutzes durch Abschreckung	202
2. Keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit	205
a) Abstrakte verfassungsrechtliche Vorgabe	205
b) Tendenz zu einer Einzelfallbetrachtung	206
c) Relative Wertigkeit von Rechtsschutz	207
d) Zwischenergebnis	208
3. Kein umfänglicher Schutz des Verfahrensgegners durch das Prozessrecht	209
4. Rechtshängigkeit als Anknüpfung für eine strengere Haftung	212
5. Verfehlte Anreizsetzung zu prozessualem Vorgehen	213
6. Kein entscheidender Vorteil durch Rechtsklarheit	217
7. Zusammenfassung	218
III. Stattdessen: grundsätzlich identisches Konzept zur außergerichtlichen Geltendmachung	218
1. Prüfpflichten	219
2. Sorgfaltsmaßstab und Reichweite	221
3. Konsequenz bei verbleibenden Unsicherheiten	223
IV. Zusammenfassung und abschließende Einordnung	225
F. Sonstige Ausgleichsmöglichkeiten	227
I. Vorüberlegung	227
II. Entschädigung aus einer gesonderten Abrede	228
1. Abreden vor Entstehen eines Mangelverdachts	228
2. Abreden nach Entstehen eines Mangelverdachts	231
a) Konkludente Kostenübernahme	231
aa) Übernahme von Untersuchungskosten	231
bb) Übernahme von Kosten zur Beseitigung einer Alternativursache	232

b)	Ausdrückliche Kostenübernahme	234
aa)	Keine entgegenstehende Aussage in der Rechtsprechung .	234
bb)	Sonderfall: Verbraucherkauf und der Schutz des § 476 BGB	235
(1)	Vereinbarung „vor Mitteilung des Mangels“	235
(2)	Abweichung von Verbraucherschutzvorschriften.....	238
c)	Zusammenfassung zu Abreden nach Entstehen des Mangelverdachts	241
3.	Ergebnis zur Entschädigung aus einer gesonderten Abrede	241
III.	Geschäftsführung ohne Auftrag	242
1.	Anwendbarkeit im Kontext eines unberechtigten Nacherfüllungsverlangens	242
2.	Keine Geschäftsführung ohne Auftrag bei unberechtigtem Nacherfüllungsverlangen	243
a)	Überprüfung der Mangelfreiheit.....	244
b)	Überprüfung/Beseitigung von Alternativursachen	244
c)	Überprüfung der Rechtsauffassung des Käufers.....	246
3.	Ergebnis zur Geschäftsführung ohne Auftrag	247
IV.	(Leistungs-)Kondiktion	247
1.	Erlangtes Etwas	248
2.	Durch Leistung des Verkäufers.....	249
3.	Ohne Rechtsgrund	251
4.	Oftmals: Ausschluss bei Kenntnis der Nichtschuld.....	251
a)	§ 814 BGB im Anwendungsbereich der Leistungskondiktion .	251
b)	§ 814 BGB im Anwendungsbereich des § 684 S. 1 BGB	253
5.	b2c: Ausschluss durch § 241a BGB	254
6.	Anspruchsumfang.....	256
a)	Herausgabe und Wertersatz	256
b)	Wertbestimmung	257
c)	Begrenzung durch § 818 Abs. 3 BGB	257
7.	(Kein) Wertungswiderspruch zu der vertraglichen Verteilung des Unsicherheitsrisikos	259
8.	Ergebnis	260
V.	§ 91 ZPO analog.....	261
VI.	Zusammenfassung sonstiger Ausgleichsmöglichkeiten	262
G.	Ergebnisse	265
Literaturverzeichnis	269	
Sachregister	277	